



# 2013/45 Homestory

<https://jungle.world/artikel/2013/45/home-story>

## Home Story

<none>

Im November 2011 flog der NSU auf, wenige Monate später begann die Zeit der traurigen Jahrestage. 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen im August 2012, 20 Jahre Mölln im November 2012, 20 Jahre Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Mai 2013, 20 Jahre Solingen, ebenfalls im Mai 2013. Begleitet wurden die Gedenkveranstaltungen für die rassistischen Pogrome und Brandanschläge von den Äußerungen des amtierenden Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU), der im Oktober 2012 über einen »zunehmenden Asylmissbrauch« klagte, und von Zeitungen, die vor einer »Flüchtlingsflut« warnten. Für die historische Kontinuität war also gesorgt. Ein Jahr später bestritt die NPD ihren Bundestagswahlkampf vor allem mit dem Thema Asyl. Im Frühjahr und Sommer organisierte die rechtsextreme Partei Kundgebungen vor Flüchtlingsunterkünften, marschierte durch Wohnviertel, in denen Unterkünfte entstehen sollen, und machte Stimmung gegen Flüchtlinge, die gegen die katastrophalen Lebensbedingungen protestieren, denen sie hierzulande ausgesetzt sind.

Im Zuge der rassistischen Welle der frühen neunziger Jahre begann für etliche heutige Redaktionsmitglieder der Jungle World mit dem Eintritt in die Schüler-Antifa und dem Protest gegen den »Asylkompromiss«, der am 6. Dezember 1992 von den Unionsparteien und der SPD vereinbart und am 26. Mai 1993 vom Bundestag in Bonn beschlossen wurde, die Zeit der Politisierung. Und nun sieht man sie, die Bilder der Flüchtlingskatastrophe in Lampedusa noch vor Augen, wieder: Menschenmengen, die »Wir sind das Volk« grölen, den Hitlergruß zeigen und in Marzahn-Hellersdorf, Schneeberg oder Pätz gegen Flüchtlingsunterkünfte protestieren. Die Slogans sind vertraut, die Bilder sind vertraut, die Pogromstimmung ist vertraut. In dieser Ausgabe widmen wir uns Dörfern, in denen die NPD zum Fackelzug ruft und fast 2 000 »empörte Bürger« mitmarschieren und »besorgte Anwohner« bei Bürgerversammlungen die Befürchtung äußern, dass eine Flüchtlingsunterkunft in ihrer Gemeinde den Wert ihrer Eigenheime mindern könnte. Das ist Deutschland im Herbst 2013.